

Neue Zürcher Zeitung

NZZ domizil + executive
IMMOBILIEN + KADERSTELLEN

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag/Sonntag, 3./4. September 2016 · Nr. 205 · 237. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90

Länger arbeiten für eine sichere AHV

Die Altersvorsorge darf kein Spielplatz für Ideologen sein. Wer rechnet, kommt zum Schluss: Eine sichere und ausreichende Finanzierung ist nur zu haben, wenn wir später in Pension gehen – und die Selbstvorsorge stärken. Von Helmut Stalder

Die Debatte um die Altersvorsorge hat sich von der sachlichen Ebene abgelöst und ideologisch aufgeladen. Gewerkschaften und Linke bezeichnen die Rentenreform 2020 im derzeitigen Stadium als ein von Bürgerlichen und Arbeitgebern veranstaltetes «Rentenmassaker» und propagieren ihre Initiative «AHV plus – für eine starke AHV» als Notwehrakt gegen die mutwillige Zerstörung des wichtigsten Schweizer Sozialwerks. Es tönt nach Klassenkampf, als sei die Schweiz ein Land mit verelendeten Arbeitermassen und verarmten Alten. Auch auf bürgerlicher Seite wird in der zugespitzten Situation vor der Abstimmung am 25. September und der Ausmarchung bei der Rentenreform im Parlament nicht ideologiefrei und vor allem taktisch gefochten.

Starker Grundkonsens

Dabei gibt es bei der Altersvorsorge eigentlich einen starken gesellschaftlichen Konsens, auf den man bauen könnte: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter keine Entbehrung leiden und mit einer ausreichenden und vor allem sicheren Rente seine gewohnte Lebenshaltung fortsetzen können. Dies ist für den Zusammenhalt der Generationen und der gesellschaftlichen Schichten ein wichtiges Versprechen, das der Staat den Bürgerinnen und Bürgern gibt, verbrieft in der Bundesverfassung. Und noch weiter geht der Konsens, nämlich dass dieses Versprechen eingelöst werden soll mit den bestehenden Vorsorgeeinrichtungen, also mit der AHV und der beruflichen Vorsorge, die im Prinzip nach wie vor als funktionsfähig angesehen werden. Dann ist es aber auch schon vorbei mit den Gemeinsamkeiten.

Ob die Linke es nun wahrhaben will oder nicht – die demografische Entwicklung bringt das an sich gute Umlagesystem der AHV, bei dem die Erwerbstätigen die Renten der Pensionäre finanzieren, in absehbarer Zeit aus dem Gleichgewicht. Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner wächst, bald gehen die Babyboomer-Jahrgänge in Pension. Und weil auch die Lebenserwartung steigt, müssen die Renten bedeutend länger als früher finanziert werden. Bis 2030 wird sich bei der ersten Säule eine Finanzierungslücke von 7 Milliarden pro Jahr öffnen. Auch bei der beruflichen Vorsorge schlägt die gestiegene Lebenserwartung durch, zusätzlich zu den schrumpfenden Renditen, so dass tiefere Umwandlungssätze unvermeidlich werden und auch die zweite Säule bröckeln lassen.

Dies festzustellen, hat nichts mit Ideologie und Klassenkampf von oben oder unten zu tun, sondern ist das Ergebnis von Statistik und Mathematik. Es hilft nichts, mit Blick auf die Vergangenheit die Zukunft schönzureden und zu behaupten, die AHV habe bisher die demografische Alterung aufgefangen und werde das auch weiterhin schaffen. Oder auf das Wirtschaftswachstum und steigende Löhne und Zinsen zu hoffen, welche das System wieder ins Lot bringen würden. Oder gar wie mit der Gewerkschaftsinitiative 10 Prozent mehr AHV-Rente für alle zu verlangen und so zu tun, als sei damit das Problem der Altersvorsorge gelöst. Es führt kein Weg daran vorbei: Die Sozialwerke müssen den demografischen Wandel nachvollziehen und neu justiert werden.

Das nötigt die Gesellschaft dazu, grundlegende Fragen neu zu verhandeln. Was heisst Generationensolidarität unter diesen Bedingungen? Geht sie noch in die richtige Richtung? Wie weit soll die Solidarität zwischen Gutverdienenden und Men-

schen mit tieferen Einkommen gehen? Wie werden die finanziellen Lasten altersgerecht verteilt?

Bei solchen Gerechtigkeitsfragen prallen unvermeidlich Weltanschauungen aufeinander. Im besten Fall werden sie dadurch zurechtgerückt und öffnen den Blick auf die Realität. So stimmt das Bild der armen Alten, das bei der Gründung der AHV 1948 noch zutraf, längst nicht mehr. Ein Drittel der Rentner und ein Viertel der Rentnerinnen haben zusätzlich zu den obligatorischen Vorsorgeeinrichtungen privat in der dritten Säule Alterskapital angespart. Zwei Drittel haben Einkommen aus der AHV und der zweiten Säule. Bloss ein Drittel hat nur die AHV. Und von 2,2 Millionen Rentenbezugnehmern nehmen lediglich 200 000 Ergänzungsleistungen in Anspruch, weil ihr Altersgeld nicht reicht.

Tabus aufbrechen

Bei den Vermögen zeigt sich ebenfalls, dass die Rentnergeneration nicht darbt. 15 Prozent der Rentner sind Millionäre. Nur ein Viertel stirbt ohne Vermögen. Zwei Drittel aller Nachkommen können mit einer Erbschaft rechnen, ein Viertel von ihnen mit Summen von 100 000 bis 500 000 Franken. Zudem werden wegen der Alterung immer mehr Vermögen nicht mehr in die aktive Bevölkerung vererbt, sondern von Rentner zu Rentner. Altersarmut gibt es, aber sie ist kein Massenphänomen. Das Armutsrisiko liegt heute bei jungen Familien und besonders bei Alleinerziehenden. Dies zeigt, dass die Generationensolidarität strapaziert ist. Es ist nicht besonders gerecht, wenn die Erwerbstätigen noch mehr Lohnabzüge hinnehmen und höhere Mehrwertsteuern berappen müssen, um der Mehrzahl von bereits gut abgesicherten

Pensionären höhere Renten zu finanzieren. Die AHV führt richtigerweise zu einer Geldverschiebung von Reich zu Arm. Aber sie führt eben auch zur Umverteilung von Jung zu Alt, was nicht deckungsgleich ist. Diese Umverteilung von ärmeren Jungen zu reicheren Senioren sollte nicht noch verstärkt werden. Gerechter und liberaler wäre es, den Erwerbstätigen die Selbstvorsorge zu erleichtern. Wer selbstverantwortlich für sein Alter spart und nicht ungedeckte AHV-Checks zur Begleichung an die nächste Generation weiterreicht, sollte belohnt werden. Etwa indem in der dritten Säule die Limiten für steuerbefreite Einlagen massiv erhöht werden.

Das grundsätzliche Problem der AHV ist jedoch, dass sie die steigende Lebenserwartung nicht mitgemacht hat. Dadurch hat sich seit ihrer Gründung die Dauer des Rentenbezugs um 14 Jahre erhöht. Heute haben Männer beim Übertritt 19 und Frauen 22 Rentnerjahre vor sich. Die meisten sind auch länger gesund, leistungsfähig und bei entsprechenden Möglichkeiten oft auch gewillt, länger im Arbeitsprozess zu bleiben. Ein höheres Rentenalter ist gerecht und solidarisch, weil es die finanzielle Last der Altersvorsorge unter den Generationen neu justiert. Vor allem wirkt es doppelt. Erstens arbeiten mehr Menschen und mehren so den Gesamtwohlstand, die Steuereinnahmen und die Beiträge an die Vorsorgewerke. Zweitens gibt es weniger Rentner und weniger Rentnerjahre, die finanziert werden müssen. Viele Länder haben den Schritt bereits vollzogen. Auch die Schweiz sollte nicht nur Anreize für einen späteren Altersrücktritt schaffen und hoffen, sondern das Rentenalter generell erhöhen. Und zwar mit einem entschlossenen Schritt für eine sichere Altersvorsorge – ohne Ideologie, sondern aus Einsicht in die Notwendigkeit.

Sanfter Inländervorrang kommt an

Nationalratskommission will auf Kontingente und Höchstzahlen verzichten

dgy. · Der von der staatspolitischen Kommission des Nationalrates verabschiedete Kompromiss zur Steuerung der Zuwanderung scheint tragfähig – das zeigen die Reaktionen der Parteien. Die FDP-Fraktion steht zwar nicht geschlossen, aber grossmehrheitlich hinter dem Vorschlag. Damit werde die Zuwanderung vom Arbeitsmarkt gesteuert und nicht von der Politik, sagt Fraktionspräsident Ignazio Cassis. Die CVP betrachtet den Entscheid als grossen Schritt in Richtung einer gangbaren Lösung. Die SP will die Vorlage mittragen, weil weder der Arbeitnehmerschutz noch die Personenfreizügigkeit angetastet werden, wie Na-

tionalrat Cédric Wermuth erklärt. Auch BDP, Grüne und Grünliberale loben den Kompromiss. Auch dabei sind die Kantone. Jean-Michel Cina, Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen, kritisiert zwar die zu geringen Mitspracherechte für die Kantone, spricht aber von einer sehr guten Grundlage.

Das Konzept stösst einzig bei der SVP auf Ablehnung. «Mit einem solchen Gesetz ist keine eigenständige Steuerung der Zuwanderung möglich», erklärt Nationalrat Gregor Rutz. Die Partei lässt sich weiterhin nicht in einen Kompromiss einbinden. Wenn diese Lösung nichts bringe, müsse die Personenfreizügigkeit

gekündigt werden, sagt Christoph Blocher gegenüber der NZZ: «Wenn der Bundesrat und das Parlament das nicht tun, machen wir eine Volksinitiative.»

Die Kommission schlägt einen sanfteren Inländervorrang unter Verzicht von Kontingenten und Höchstzahlen vor. In einem ersten Schritt soll der Bundesrat Massnahmen zur besseren Ausschöpfung des Potenzials inländischer Arbeitskräfte vornehmen. In einem zweiten Schritt könnte eine Pflicht zur Meldung offener Stellen bei der regionalen Arbeitsvermittlung eingeführt werden.

Meinung & Debatte, Seite 13
Schweiz, Seite 15

Tonangebende Ökonomen

Ernst Fehr dominiert das Einfluss-Ranking der NZZ

jmu. · Gute Forschung muss wahrgenommen werden, damit sie Wirkung entfalten kann. Doch nicht jeder exzellente Forscher kann sich in der Öffentlichkeit auch Gehör verschaffen. Um den Einfluss von Wirtschaftswissenschaftlern zu messen, sollte daher nicht nur auf die akademische Leistung abgestellt werden. Hier setzt das Ökonomen-Ranking der NZZ an: Es berücksichtigt neben der Forschung auch, wie stark ein Ökonom in Politik und Medien wahrgenommen wird.

Das Ranking wurde dieses Jahr zum dritten Mal in Kooperation mit der deutschen «FAZ» und der österreichi-

schen «Die Presse» durchgeführt. Ernst Fehr führt wie in den Vorjahren die Rangliste in der Schweiz an; in den beiden Nachbarländern steht er zum ersten Mal ebenfalls an der Spitze. Silber holt sich hierzulande Reiner Eichenberger von der Universität Freiburg i. Ü., Bronze geht an Jan-Egbert Sturm von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der ETH Zürich. Die Veränderungen im Ranking zu den Vorjahren spiegeln auch gesellschaftliche und technologische Entwicklungen. So hat etwa die Digitalisierung im Ranking ihre Spuren hinterlassen.

Fokus der Wirtschaft, Seite 33

TOD EINES AUTOKRATEN

Usbekistans Präsident Islam Karimow ist einem Schlaganfall erlegen SEITE 3

ROGER DE WECK

Der SRG-Chef verteidigt das breite Angebot des Landessenders SEITE 11

FRANZ BECKENBAUER

Der Ex-Fussballer brockt Obwalden immer wieder Probleme ein SEITE 19



MEKKAS WANDEL

Wolkenkratzer stellen heute die Kaaba, das zentrale Heiligtum des Islams, in den Schatten SEITE 8, 9

BÜRGERLICHER SPARKURS

Der finanzielle Horizont des Kantons Zürich hellt sich auf SEITE 13, 21

«GRÜNE WIRTSCHAFT»

Die Initiative verfolgt ein hehres Ziel, aber verhehlt die Kosten SEITE 29

KUNST IN DER ZEITUNG

Lawrence Weiner führt einen Aphorismus ad absurdum SEITE 48–50



SEBASTIAN COE

Der ehemalige Spitzenläufer und heutige Sportfunktionär plädiert für Reform der Diamond League SEITE 55

WETTER

Ziemlich sonnig. Am Morgen im Flachland in Gewässernähe vereinzelt Nebelbänke. Tagsüber zeitweise ausgedehnte Wolkenfelder. Seite 25

TV/Radio 51, 52, Traueranzeigen 18
Sportresultate 54, Kino 26

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 1000, weitere Angaben im Impressum Seite 46

